

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 30 Pfg.

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6 — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,30 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamzeile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 188

Montag, den 15. August 1921

12. Jahrgang

Vorläufige Aufhebung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen.

Paris, 13. Aug. (W.T.B.) Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Nachmittags-Sitzung beschlossen, die wirtschaftlichen Sanktionen unter dem Vorbehalt aufzuheben, daß Deutschland am 31. August seine Verpflichtungen erfüllt, d. h. eine Milliarde Goldmark bezahlt, gemäß dem Ultimatum von London. Nach einer Rede von Ministerpräsident Briand ist beschlossen worden, augenblicklich die militärischen Sanktionen beizubehalten.

Als am 7. März 1921 die Londoner Verhandlungen der Alliierten mit dem deutschen Außenminister Simons resultatlos endeten, wurden am nächsten Tage die ersten angeordneten Zwangsmaßnahmen in Kraft gesetzt. Ueber die im Friedensvertrage vereinbarte Besetzungslinie hinaus wurden zunächst Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort durch zahlreiche Truppen besetzt. In der Folge wurden dann in einer Reihe von Ländern Gesetze erlassen, durch welche in diesen Staaten bis zu 50 Prozent des Wertes der von Deutschland eingeführten Waren beschlagnahmt wurden. Sie sind nur in wenigen Fällen in Kraft gesetzt worden, weil die Sperre gegen den deutschen Handel als zweischneidiges Schwert erkannt wurde. Außerdem wurde an der Westgrenze des von rund sieben Millionen Deutschen bewohnten besetzten Gebietes eine doppelte Zollmauer errichtet, die die Rheinlande vom deutschen Wirtschaftsgebiet trennten und den beiderseitigen regen Warenverkehr brüskt abdrohte. Für die aus Deutschland kommenden Waren wird nach dieser von der Interalliierten Rheinlandkommission angeordneten Zollmaßnahme ein Zoll erhoben, der 25 Prozent der Höhe des deutschen Zollsatzes in Goldmark, also in Papiermark etwa den vierfachen Zollsatz beträgt. Die vom besetzten Gebiet nach Deutschland gehenden Waren werden mit dem einfachen Zollsatz in Papiermark belastet.

Diese „Sanktionen“ verstoßen gegen den Friedensvertrag von Versailles. Im Artikel 270 dieses Vertrages wird von etwaigen Zollmaßnahmen gesprochen, „um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete (besetzte Gebiete) zu wahren“. Man hat sich nicht die Mühe gemacht, die Anordnung mit dem Artikel 270 zu begründen, offenbar, weil es von vornherein klar war, daß die Interessen der Bevölkerung des besetzten Gebietes aufs schwerste geschädigt wurden.

Der alleinige Zweck der Sanktionen war, den Widerstand Deutschlands gegen die Pariser bzw. Londoner Beschlüsse der Alliierten zu brechen. Dieser Zweck war am 12. Mai erreicht; die deutsche Regierung hat das Ultimatum angenommen und bisher loyaler Weise alle Fristen pünktlich eingehalten. Selbst wenn man also der Entente das Recht der Anwendung dieser Sanktionen vollkommen zubilligen würde — nach dem 12. Mai waren sie Unrecht und Schikane. Die Gründe für die Anwendung der Sanktionen bestanden seit jenem Tage nicht mehr.

Rußland, Orient und Oesterreich im Obersten Rat.

Paris, 13. Aug. (W. T. B.) Der Oberste Rat beschäftigte sich in der heutigen Vormittags-Sitzung auch mit der Frage der Versorgung Rußlands und beschloß, einen internationalen Ausschuß, der nicht nur Vertreter der Alliierten umfassen soll, einzusetzen, um die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Der Oberste Rat soll in diesem Ausschuß durch drei Mitglieder vertreten sein.

Des ferneren wurde die Orientfrage besprochen, und Marshall Foch gab auch Erklärungen über die strategische Lage, die Lage in den Meerengen und über deren Verteidigung, die sichergestellt werden müsse für den Fall, daß ihre Neutralität durch Griechenland oder durch die Türkei verletzt würde. Außerdem besprach der Oberste Rat die finanzielle Lage Oesterreichs. Die für Oesterreich vorgesehene Hilfe ist abhängig davon, daß Amerika auf seine Hypothek auf Oesterreich verzichte. Der amerikanische Botschafter Harben erklärte, eine Vorlage sei im amerikanischen Parlament eingebracht worden, um diese Hypothek aufzuheben.

Die Anrechnung der Besatzungskosten.

Der „Temps“ schreibt: Die Finanzkonferenz, die gleichzeitig mit dem Obersten Rat in Paris tagte, habe eine grundsätzliche Entscheidung von großer Wichtigkeit getroffen. Der Wert der Saarbergwerke sollte Frankreich zur Last geschrieben werden, so daß die französischen Besatzungskosten für das Rheinland damit mit einem Schlage als zurück-erstattet gelten. Daraus wurde gefolgert, daß Frankreich mehr erhalten habe, als es für die Besatzung im Rheinland ausgegeben hat.

Die von der interalliierten Finanzkonferenz angenommene Grundziffer der täglichen Kosten für einen Soldaten der Besatzungsarmee soll der bisherige Satz für

einen französischen Soldaten (ungefähr 16 Franc täglich) sein. Zu dieser Grundziffer kommt ein Zuschlag von zwei Goldmark für einen englischen und von drei Goldmark für einen amerikanischen Soldaten.

Die Anrechnung der ausgelieferten Schiffe.

In der Schlussung des Obersten Rates soll angekündigt worden sein, daß die Alliierten, die auf Grund des Versailler Vertrages ausgelieferten deutschen Schiffe Deutschland mit 20 Pfund Sterling pro Tonne gutschreiben würden. Da in amerikanischen Häfen 600 000 Tonnen deutscher Schiffe beschlagnahmt worden seien, würden die Vereinigten Staaten Deutschland ungefähr 60 Millionen Dollar gutschreiben müssen, für den Fall, daß von Deutschland in dem Sonderfrieden zwischen Washington und Berlin Reparation gefordert wird.

Die Verhandlungen zwischen England — Irland.

Der nunmehr veröffentlichte Text der Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und Irland zeigt, daß die Regierung Irland vollständige Autonomie in der Besteuerung, den Staatsfinanzen und der Verteidigung im Innern anbietet unter der Bedingung, daß die britische Flotte das Meer kontrollieren und daß Irland im Verhältnis zu den Kosten des britischen Heeres, der Flotte, der Kriegsschulden und Pensionen beitragen muß. Devalera erwiderte am 10. August, daß das Sinnfeinerparlament und das irische Volk diese Bedingungen nicht annehmen würden, da sie sich widersprächen. Lloyd George antwortete auf diese Erwiderung Devaleras am 13. August, die britische Regierung könne ein Recht Irlands, sich vom britischen Reiche zu trennen, nicht anerkennen. Er forderte Devalera von neuem auf, die Vorschläge der englischen Regierung in Erwägung zu ziehen.

Forderungen des Luxemburger Friedenskongresses.

Der in Luxemburg tagende Friedenskongreß schloß seine Arbeiten nach Annahme verschiedener Entschlüsse, wonach u. a. eine vollständige Abklärung nur durch den Völkerbund geschehen könne. Ferner fordert der Kongreß bis zum Eintreffen der Entschlüsse der Konferenz in Washington, daß alle Flossenbauten eingestellt werden, und daß die Armeen der Großmächte auf mindestens das Maß vermindert werden, das Deutschland durch den Friedensvertrag zugesichert sei. Der nächste Kongreß findet in London statt.

Polen und die Vertagung der oberschlesischen Entscheidung.

Nach einer Havasmeldung aus Warschau hat der Ministerrat in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, an die alliierten Mächte eine Note zu richten, in der erklärt wird, daß die Vertagung der Lösung der oberschlesischen Frage Polen einen nicht wiedergutzumachenden Nachteil verursacht. Die Verweisung des Problems an den Völkerbundsrat verlängere in unnötiger Weise den Zustand der Ungewißheit, in der sich gegenwärtig die oberschlesische Bevölkerung befindet, denn er vertage die endgültige Einrichtung einer inneren Verwaltung auf unbestimmte Zeit.

Französische Machenschaften im Memelgebiet.

In der Memeler Stadtverordnetenversammlung wurde zur Sprache gebracht, daß der französische Oberkommissar es abgelehnt habe, eine Abordnung der Stadtverordneten zu empfangen, die ihm eine Entschlüsselung über die Autonomie des Memelgebietes zu überreichen beauftragt war. Dieses brüste Verhalten veranlaßte die Stadtverordnetenversammlung, in einer Entschlüsselung über diesen Vorfall ihr Bestreben zum Ausdruck zu bringen.

Die „Kölnsche Zeitung“ weist über folgenden Vorfall zu berichten, der ein klassisches Beispiel für die französischen Machenschaften im Memelgebiet zur Lösung dieses Gebietes von Deutschland darstellt: Der Landrat des Kreises Pogegen, Dr. Kullid, hatte dem französischen Unterpräfekten von Pogegen eine Entschlüsselung des Kreis-ausschusses gegen die Verhinderung des Memelgebietes an Polen oder Litauen überbracht. Der Unterpräfekt lehnte aber die Weisung ab und stellte die Bedingung, es müsse der Entschlüsselung der Sach hinzugefügt werden, die gesamte Bevölkerung wünsche nicht mehr an Deutschland zurückzukommen. Schließlich verjagte der französische Beamte, den Landrat zu überreden, den gewünschten Zusatz ohne jede vorherige Anhörung des Kreis-ausschusses der Entschlüsselung anzufügen. Dr. Kullid lehnte dieses Ansuchen mit Entschlüsselung ab und überreichte an demselben Tage sein Rücktrittsgesuch, das sofort genehmigt wurde.

Die Aussichten einer Koalitionsregierung in Sowjetrußland.

Nicht nur im Ausland, wo man wohl die Kombinationen nachschmeidet, sondern auch in Sowjetrußland selbst drängt sich nach den neuesten Informationen vielen die Frage auf: Wird nicht endlich angesichts der großen Naturkatastrophe, die ja die Sowjetregierung an die außerhalb der kommunistischen Partei stehende Gesellschaft bereits zu appellieren zwingt, diese Regierung kapitulieren — nicht nur im Sinne völligen Abgangs, sondern wenigstens der Bildung einer Koalitionsregierung oder wenigstens einer sozialistischen Einigung? Ueber die Tragweite dieser Frage braucht man sich nicht zu verbieten. Zu prüfen sind nur die Aussichten auf ihre praktische Verwirklichung im gegenwärtigen politischen Augenblick.

Eine ganze Reihe von Beweisen läßt sich dafür anführen, daß die Aussichten selbst in dem heutigen, für die Sowjetregierung sehr ungünstigen Augenblick minimal sind. Wohl hat die Regierung sich zur Bildung einer „allrussischen Hilfskommission“ bemüht gesehen, das nicht weniger als 63 Personen umfaßt; wohl hat sie an die Spitze der Finanzkommission, die jetzt mit dem Ausland wegen der materiellen Hilfsaktion verhandeln soll, sogar den früheren zaristischen Minister Butler berufen. Aber unter den 63 Personen des Komitees kommt — und das ist sicher kein Zufall — nicht eine einzige der sozialistischen Opposition angedehnte, also ein Sozialrevolutionär oder ein Menschewik vor. Bei der offiziellen Ankündigung dieser Hilfsaktion wurden ferner deren Teilnehmer ausdrücklich davor gewarnt, „mit der Politik etwas gemeinsam zu haben“. Als das Komitee sich aber konstituierte und von der Regierung verschiedene Garantien (unter anderem — was nicht einmal unter der Zarenregierung vorkam — daß die Lebensmittelvorräte unterwegs nicht gestohlen würden) erbat, antwortete der Sowjetvertreter Ramenski, die beste Garantie sei die immer noch bestehende Diktatur des Proletariats, die auch die Schranke für die Tätigkeit des Komitees bilde. Endlich aber bildete das Allrussische Zentralerekutivkomitee als höchstes behördliches Organ jenseit aus eigenen Mitteln heraus ein eigenes Komitee, das „in Kontakt“ mit allen anderen Hilfsorganisationen treten, d. h. wohl, diese überwinden soll.

Von einer sozialistischen Einigung aber ist nicht nur keine Rede, sondern die sozialistische Opposition, namentlich die („rechten“ und „linkeren“) Sozialrevolutionäre, bleiben die erklärten Feinde — dies Verhältnis beruht auf Gegenseitigkeit — der Sowjetregierung. Sie bleiben nach wie vor in den Gefängnissen eingesperrt, ja den Insassen wird die natürlich nicht ganz glaubwürdige Anlage gemacht, sie hätten vom Gefängnis aus einen „Ruffand“ organisiert, dort ein revolutionäres „Archiv“ angelegt usw. Daß die Sozialrevolutionäre allerdings nicht schlafen, sondern den Moment nach Angriffen auszunutzen bestrebt sind, zeigt der kürzlich von der „Wolfsa Post“ veröffentlichte Parteiaustritt „An alle Bürger“, ausgegeben in Moskau am 15. Juli. Wir bringen daraus die springenden Punkte: Nieder mit der verbrecherischen Politik der Bolschewiki, die eine wirkliche Bekämpfung des Hungers verhindert; Verminderung der Roten Armee, deren auf diese Weise ersparten Vorräte an die Hungernden ausgeteilt sind; Schluß mit den Unterdrückungen der Kommunisten; Befreiung der Konsumgenossenschaften. Dieser so revolutionär beginnende Aufruf schließt aber doch mit der Aufforderung an Hilfskomitees für die Hungernden, auch an solche behördlichen Charakters, teilzunehmen und „innerhalb“, vor allem aber außerhalb dieser Organisationen die breiten Volksmassen über die wahren Ursachen des Hungers aufzuklären. — Der zweite Punkt kreist die Hauptsache: Die Sowjetregierung steht und fällt mit der Roten Armee. Alles kommt auf das Maß an, in dem es ihr gelingen wird, auch diese vor dem Hunger zu bewahren.

Beseitigung der Pöhschwierigkeiten durch den Völkerbund.

Im Oktober 1920 hatte bekanntlich in Paris eine vom Völkerbund einberufene Konferenz getagt, die eine Anzahl von Vorschlägen für die Vereinfachung des Bahnverkehrs gemacht hatte. Die Vorschläge wurden den Regierungen übermittelt, die zum größten Teil dazu Stellung genommen und im allgemeinen sich geneigt gezeigt haben. Die Vorschläge der Konferenz anzunehmen. Eine Unterkommission jener Konferenz hat sich jetzt mit dem Entwurf beschäftigt und einen Antrag an die Völkerbundsversammlung formuliert, daß diese Instanz einen gewissen Druck auf die Staaten ausüben müsse, die sich bisher den Vorschlägen noch nicht angeschlossen haben.

Arbeitsgemeinschaft zwischen SPD. und USPD. in Braunschweig.

Auch im Lande Braunschweig beginnt sich bei der USPD, allmählich das Bewußtsein einzustellen, daß es nicht darauf ankommt, den „starken Mann“ zu spielen, sondern vielmehr auf positive Arbeit. So ist nunmehr in der Stadt Schöningen gelegentlich eines Stadtverordnetenkonflikts eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den sozialistischen Fraktionen und zwar die erste innerhalb des Freistaates Braunschweig gebildet worden. Angesichts der eigenartigen Verhältnisse im Freistaat Braunschweig dürfte dies den Auftakt zu einer durchgreifenden Wenderung der unabhängig sozialistischen Taktik bedeuten.

Der Wahnsinn der Gewaltpolitik.

Die kommunistische Idee, mit Gewalt die soziale Frage zu lösen, hat in der mitteldeutschen Aufstandsbewegung eine vernichtende Niederlage erlitten. Ein ungenannter kommunistischer Verfasser, der sich als überzeugter Anhänger der gewalttätigen Lösung der sozialen Frage bekennt, hat jetzt eine Schrift verfaßt, die sich betitelt „Das Reizmittel“, welche aus der „Kriegsaktion“, die im Verlage von Franke erschienen ist. Der Verfasser führt die Niederlage der Kommunisten lediglich auf die unzulängliche Organisation und Leitung des Aufstandes zurück, aber seine Ausführungen sind nicht nur eine verabsäumte Verurteilung der die Mächtigsten des militärischen Publikums, sondern auch, von Verfasser allerdings ungewollt, eine Widerlegung der „Kriegsaktion“ überhaupt.

Er will vom Standpunkt des Aufstandes den Kuffland beurteilen und kommt zu folgenden Ergebnissen:
„Niemand zeigt sich auch nur für einen Augenblick eine einheitliche Leistung. In 1905 hat man sich nicht einmal das Bestreben nach einer einheitlichen Leistung. Niemand denkt man an ein Zusammenfallen der Kräfte, an die Formierung von Revolutionen, an die Befreiung der bedrückten Völker, daran, die vereinigten Kräfte an einem Punkte und Trefen zu führen, die Entscheidung zu erzwängen, den Gegner ernst zu schlagen und zu vernichten. In allen diesen Kämpfen haben wir nicht einmal die Spur der elementarsten militärischen Bewandlungen. Wir denken hier keineswegs an eine wirkliche Generaloffensive, wir stellen keine strategischen Forderungen. Allein wir denken an ein gewisses gesandtes, militärisches Empfinden. Das jede revolutionäre Leistung sich auf Grund der Erfahrungen des Westens und auf Grund der Erfahrungen der proletarischen Organisationen anlehnen muß.“

Die Veranschaulichung auch Klingen was, wir müssen es klar herauslagern, daß wir ledig... des Märzstandes bei keinem dieser Kämpfe auch nur die Spur der Ideologischen oder organisatorischen Vorbereitung für den Bürgerkrieg finden. Die „besonderen militärischen Organisationen“ der P. K. D. sind nicht mehr. Die Mobilisierung der Partei habe vollständig bestanden. Zwischen der politischen Leitung und den militärischen Kommanden habe keine Übereinstimmung bestanden. Das jede Hilfeleistung für bedrückte Völker unterbleibe, nennt der Verfasser „eine unvollständige Unterlassung“.

Die Stärke der Regierungstruppen gibt der Verfasser selbst auf 4200 Mann an. Wie 4500 Polizisten, nicht etwa Soldaten, etwa der fünfundzwanzigste Teil der in Deutschland vorhandenen Schutzpolizei, hat genügt um die bewaffnete Kraft der P. K. D. vollständig zu vernichten. Und doch sieht der Verfasser in dieser militärisch wirklich ganz unbedeutenden Mäße die Entscheidung über eine große Schicksalsfrage, er glaubt, daß der Aufstand bei besserer Vorbereitung hätte gegen Wunden, er sieht nicht, daß diese bessere Vorbereitung allenthalben nach den Einlagen weiterer Vorkämpfer gefordert hätte, um zum nämlichen Resultat zu gelangen — ganz abgesehen davon, daß außerordentlich hinter der Schutzpolizei auch noch die Reichswehr stand. Er begriff nicht den Wahnsinn der Vorstellung, daß ein Waffengang, der von hunderttausend Polizisten erwidert wird, denen vielleicht das Dreifache oder auch Fehlfache an Aufständischen gegenüberstanden haben mag, für das politische Schicksal eines Sechzigmillionenvolkes hätte entscheidend werden sollen!

Der Verfasser der Schrift führt dann aus, wie es hätte gemacht werden müssen, um den Erfolg sicher zu sein:

„Wir teilen nicht die Illusionen derjenigen, die da glauben, daß das Proletariat im geheimen, illegal noch vor der Eroberung der Macht eine großangelegte Rote Armee organisieren kann. Wir stellen uns diese Kleinarbeit so vor, daß die Partei ihre Gesamtheit, die Gesamtheit ihrer Mitglieder, ihre ganze Organisation durch diese ununterbrochene Kleinarbeit auf die Zwecke des Bürgerkrieges hätte einrichten müssen. Das Proletariat kann, solange es die Macht nicht an sich gerissen hat, eine Rote Armee nicht bilden. Allein in Anbetracht der Verhältnisse, insbesondere Mittel- und Westeuropas, kann die Eroberung der Macht nur mit großen bewaffneten Proletariatsmassen vor sich gehen. Sicher, der Kampf kann ohne proletarische Militärformationen nicht geführt werden, allein die Arbeiterklasse, die kommunistische Partei, muß die proletarischen Militärformationen erst im Laufe des Kampfes schaffen. Im Kampfe selbst muß naturgemäß das kämpfende Proletariat mit einer einheitlichen Leitung stehenden Militärformationen auftreten gegenüber den von vornherein unter einheitlicher Leitung stehenden Militärformationen der Gegenrevolution.“
Das Proletariat kann sich, solange es die Macht nicht an sich gerissen hat, eine Rote Armee nicht bilden, aber es braucht doch diese Rote Armee, um sich die Macht zu erkämpfen, das ist der Sinn der obigen Ausführungen. Daraus werde einer klug, Praktisch

Luft der gute Ratsschlag darauf hinaus: Die Kommunisten sollen sich nach der Theorie dieses Sachverständigen während des Kampfes, d. h. wenn sie von der gut organisierten, versorgten und geführten gegnerischen Militärorganisation schon am Krage zu packt sind, alles schaffen, was ihre Gegner schon haben: militärische Formationen, Waffen, Munition, Nachschub, Verpflegung und — dies letzte ist nicht das geringste — militärische Führung. Das dies Experiment, so oft es versucht wird, immer wieder dasselbe Ergebnis haben muß, nämlich nutzlose Einschlagung einiger hundert oder tausend Menschen und Verschwendung der politischen Lage zugunsten der militärischen Reaktion, das muß jeder einsehen, der nicht ein goldenes militärisch-kommunistisches Brett vor dem Kopfe trägt.

Die Lust, Genosse zu sein.

Die Vorkämpfer der Reaktion in Deutschland machen längst kein Hehl mehr daraus, wie sehr sie an den inneren Kämpfen der Arbeiterbewegung ihre Freude haben und welche Hoffnungen sie auf sie setzen. Das „Deutsche Abendblatt“ spottet und höhnt in derselben Nummer, in der es die deutsche Reichsflagge in jüdischem Jargon als Drecksflagge beschimpft, über dieses selbstherrliche Treiben in folgender Weise:

Und das ganze trägt die Devise: Proletarier aller Welt, vereinigt euch!

Die Kommunisten schlagen sich seit Moskau wieder untereinander, daß die Haare fliegen. Der Streich, den der würdige Genosse Emil Barth den R. K. D.-Leuten mit seiner Anzeige wegen Plünderung der Unterstützungskasse gespielt hat, macht den Gegensatz zwischen Kommunisten und Unabhängigkeitskämpfern unüberbrückbar. Mehrheitssozialisten und Unabhängigkeitskämpfer kommen auch nicht recht zusammen. Und in den Erwerbslosen erwacht eine starke Gruppe, die zwar zunächst noch keine Theorie und keine Führer hat, die sich aber auch ohne das immer mehr auf eigene Füße stellt.

So wie in der Densitätlichkeit sieht es letzten Endes in jedem einzelnen Betriebe aus. Überall Spaltungen und Spaltungen, überall Gruppen und Grüppchen!

Das antisemitische Blatt spricht zum Schluß sein Erstaunen darüber aus, daß es „sonderbare Käuze gibt, die an diese Sache ihre Kraft setzen“, und höhnt es aus: „Es muß eine Lust sein, Genosse zu sein!“

Darauf ist zu antworten, daß es noch niemals eine Lust war, Genosse zu sein, weder unter dem System, das die Reaktion wieder herbeiführt, unter dem alles, was sich Genosse nannte, gehetzt und verfolgt war, noch unter den heutigen Zuständen, die das antisemitische Blatt mit den Augen des Feindes nicht allzu richtig sieht. Für einen Sozialdemokraten hat immer ein starkes Maß von Bistigkeitgefühl dazu gehört, bei der Stange zu bleiben, und ein starkes Vertrauen in die unbesiegbare Kraft des Gedankens, um trotz alledem den Mut nicht zu verlieren. Ein gedankenloser Zeitvertreib wird der Kampf für die Ziele der Sozialdemokratie nie sein, also in diesem Sinne niemals „eine Lust“.

Aber freilich, wenn die Arbeiterklasse wieder einmal zusammenstände, um dem Gesindel heimzuseuchen, das jetzt über ihre Zerrissenheit triumphiert, das wäre, trotz alledem, eine Lust!

Zwei Episoden aus dem Weltkrieg.

Unter der Ueberschrift „Zwei Anekdoten“ schildert in der „Humanität“ vom 2. August der kommunistische Abgeordnete des Departement Lot et Garonne, Renaud Jean, zwei eigene Erlebnisse aus der ersten Kriegszeit als Beitrag zum Kapitel der Kriegsverbrechen. Es handelt sich zuerst um die

Plünderung eines Lebensmittelgeschäftes

im französischen Dorfe Somme-Suippes durch französische Truppen, die sich auf dem Rückzug befanden:
„Der große Raum ist voll von blauen Uniformen. Hinter dem Kontor bedienen zwei Frauen die zuerst Angekommenen. Ich höre die Preise: sie haben es mit der Flucht eilig, und da sie nicht ihre Waren dem Feind überlassen wollen, verkaufen sie zweifellos mit Verlust. Aber die, die dahinter stehen, werden ungeduldig und drängen. Bistlich werde ich

bis zur ersten Reihe gestoben. Ich reiche ein Gefäß und zeige auf eine Flasche spanischen Wein. Ach! vom Kauf ist keine Rede mehr. Ein gewalttätiger Druck, Roson ist soldaten springen auf den Verkaufstand, die Frauen schreien, man packt sie bei den Schultern, sperrt sie in Nebenlzimmer ein. Die Plünderung beginnt.“

Nun bin ich wieder auf der Straße, starr und ... m leeren Händen. Die Sieger in dem glorreichen Kampf triten hierig und ohne Gewissensbisse. Indessen erhält die Maral insofern eine gewisse Genugtuung, als einzelne unter den Plünderern durch die gelbe Farbe getäuscht, Eßig getrieben haben. Die Säure verbrennt ihnen den Mund. Ich kenne in Somme-Suippes ein Lebensmittelgeschäft, das die „Buche“ nicht ausgeplündert haben ...“

Das zweite Erlebnis Jean's ist ein Raubkampf, in dessen Verlauf der Verfasser einem großen deutschen Soldaten gegenüberstand, beide mit gefülltem Bajonett:

„Bistlich fühle ich mich aus dieser Lage befreit. Ein harter Stoß, meine Beine geben nach, ich falle, von einem Geschloß getroffen, vor meinem sprachlosen „Feind“ zu Boden. Er hat mir aber nicht mit seinem Kolben den Schädel eingeschlagen. Unsere Truppen stuten zurück; wir sind gefangen. Die französischen Feldgeschütze schießen jetzt auf uns und auf „die anderen“. Die Männer in grauer Uniform räumen die Stellung. Wir bleiben in da, deutsche und französische Wermundete mit einigen Toten. Und es beginnt das Hüllkonzert von Wehklagen und Röcheln. ... Rote Hosen rücken heran. Ein Reserveregiment — warum seine Nummer nennen? Bereit! Noch nicht. Eine wichtigere Aufgabe nimmt die Männer, die sich nicht geschlagen haben, in Anspruch. In der Dämmerung sehe ich Bajonette, die gegen den Erdboden gestoßen werden, sehe ich stehende Arme, fühle ich erfolglose Bitten. Ich habe begriffen ... Man hat uns erst am nächsten Abend aufgefesselt.“

Auf dem Berg Maret, fünf Kilometer von Vitry-le-Francois entfernt, wurden am 6. September 1914 etwa 100 deutsche Kriegsgefangene auf die Art niedergemacht.“

In Boulogne aber wird die französische Regierung die Frage der Kriegsverbrecher aufrollen, die nicht genügend bestraft werden vom — deutschen Reichsgericht.

Die polnischen Sozialisten und der Bolschewismus.

Bekanntlich hat die P. P. S. auf ihrem am 30. Juli in Lodz stattgefundenen Kongreß ihren Austritt aus der 2. Internationale erklärt, weil sie der Ansicht ist, daß diese der polnischen Politik ungenügend gegenüber steht. Die „Scheidemänner“ betrieben Jutungen gegen die P. P. S. und die englische Arbeiterpartei unterstützte sie in dieser Beziehung. Da die 3. Internationale für die Partei aber vollkommen unannehmbar ist, die 4. oder die sog. 2 1/2. Internationale jedoch offen erklärte, daß sie die Teilnahme der polnischen Sozialisten ablehnt, da sie diese Partei für eine sozialpolitische hält, so wurde die P. P. S. notgedrungen gezwungen, sich für vollkommenen Fortschritt von allen bestehenden Internationalen zu erklären. Dieser Resolution ist auf dem Kongreß ein hartnäckiger Kampf vorangegangen. Bei ihrer Annahme sprühte der Hinweis eine große Rolle, daß nicht nur die Partei der polnischen Sozialisten, sondern auch der italienischen, finnischen und andere außerhalb der Internationale sich befinden und daß alle diese Parteien schließlich sich zu einer neuen Internationale zusammenschließen könnten. Ueber die Stellungnahme der P. P. S. zum Bolschewismus wurde folgende Resolution angenommen:

„Die P. P. S. stellt sich ohne jede Einschränkung dem Bolschewismus entgegen, der aus der Machtergreifung nicht ein Mittel zur Verwirklichung der sozialen Reformen macht, sondern ein endgültiges Ziel. Indem er die Interessen der Arbeitermassen beiseite schiebt, führt er die Militäräbilität in bürokratischer Weise durch. Der Bolschewismus zerstört die Grundlagen des sozialen Lebens selbst und seine produktiven Kräfte, um entgegen seinen ursprünglichen Absichten den Kapitalismus wieder herzustellen. Die Arbeit des Proletariats verwandelt er in eine Reihe von Puffchen, ohne sich um die Zweckmäßigkeit des Kampfes und die Entwicklung der schöpferischen Kräfte des Proletariats zu kümmern. Die internationale Arbeiterbewegung wird von den Bolschewisten lediglich als Werkzeug in den Händen der russischen Sowjetregierung behandelt und deswegen zerstückelt und demoralisiert sie sich durch die Moskauer Instruktionen.“

Die Metallarbeiter in Einheitsfront.

Zur Jenaer Generalversammlung.

Die Delegiertenwahlen zur Deutschen Metallarbeitergeneralversammlung nach Jena haben in der Entscheidung um Amsterdam oder Moskau fast überall eine erhebliche Mehrheit für Amsterdam gebracht. Die kommunistische Richtung ist unterlegen. Die „Zellenbauer“ sind in die Defensive gedrängt worden. Die Grundgedanken der alten freigewerkschaftlichen Organisationsmethoden haben sich heute schon wieder als stark genug gezeigt, den Sturm der syndikalistischen Bewegung abzuschlagen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband ist die größte Organisation der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Es ist nicht gleichgültig, wie das innere Stimmungsleben der Mitglieder in diesem Verbande sich auswirkt, und deshalb haben die Delegiertenwahlen eine allgemeine Bedeutung. Dazu kommt, daß die Metallarbeiter in ihrem Wirtschaftskampf auf Vorposten stehen und daß damit die inneren Verhältnisse im Deutschen Metallarbeiterverband nach wie vor wichtige Rückwirkungen auf den Gesamtverlauf der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ausüben müssen.

Wenn man leidenschaftlos gewisse Führerkämpfe um die Macht über den Verband heute betrachtet, so ist hier sicher nicht immer sachlich und kameradschaftlich gehandelt worden. Aber hinter den miteinander kämpfenden Führerpersönlichkeiten standen doch große sachliche Streitfragen. Das anzuerkennen wird gerade uns von der „alten Richtung“ leicht, denn die „neuen Männer“, die auszuweichen zum Kampf gegen die „verfälschte Bürokratie“, sind zurückgekehrt und müssen zurückkehren zu den Methoden der so viel verästelten „Gewerkschaftskonten“. Für uns ist die Frage wichtiger, weshalb die politischen Parteistreitigkeiten aus dem Verbande immer nachdrücklicher ausgeschieden werden müssen und welche Aufgaben dem Metallarbeiter im Wirtschaftskampf gestellt werden.

Denn darin liegt das System der Delegiertenwahlen für Jena: Die parteipolitischen Gegensätze sind ganz bemerkenswert zwischen SPD. und USPD. zurückgetreten. Das geschah sicher unbewußt, die Einigungsaktion ist in Metallarbeiterkreisen wahrhaftig nicht intensiver betrieben worden wie anderswo. Es zeigt sich nun hier, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre eigenen Befehle hat, gegen die man nicht verstoßen darf, wenn die Gewerkschaftsarbeit erfolgreich sein soll. Dismann und Genossen können wohl im Reichstag der Fraktion der Unabhängigen angehören, können parteipolitisch in Worten radikal zum Fenster hinausreden, in ihren Gewerkschaftsbüros aber ist es ihnen unmöglich, nach links Konzessionen zu machen. Mit Drecksregeln haben gegen die Kommunisten gerade Dismann und seine Freunde losgeschlagen müssen, und besonders ihnen werden die Rosoworte „Arbeiterverräter“ am ingrimmigsten zugeschaubert.

Wie aber ist unter den Metallarbeitern der Rückgang der kommunistischen Anhängererschaft zu erklären? Der kommunistische Wunderglaube ist dort am schwächsten fundamtiert, wo es darauf ankommt, sich mit dem Wirtschaftsleben auseinanderzusetzen. Und das muß über kurz oder lang besonders dem Metallarbeiter zum Bewußtsein kommen.

Die Berufswelt der Metallarbeiter ist hochkapitalistisch und doch zugleich in ihren Erscheinungsformen dauernden Veränderungen unterworfen.

Sie ist hochkapitalistisch. Die wichtigsten Wirtschaftszweige der Metallindustrie bilden die Spitze der hochkapitalistischen Entwicklung. Niemanden jagen sich die technischen Erfindungen und Veränderungen im Arbeitsplatz so schnell wie hier. Wir nennen den Bergbau und die Textilindustrie eine moderne Industrie. Gewiß mit Recht. Aber das Produktionsbild ist hier uniform im Vergleich zur Metallindustrie. Die Bergarbeiter und die Textilarbeiter haben in ihren Betrieben eine Maschinenwirtschaft und Arbeitsorganisation, die gleichartiger ist, die Betriebe innerhalb der Spezialzweige zeigen in ihrer Betriebsstruktur eine gewisse Ähnlichkeit miteinander. Anders im Maschinenbau. Jeder

Betrieb, jedes Werk hat sein besonderes Arbeitsfeld, das ständig wechselt, dessen Arbeitsplan, Betriebsmittel, Operationsfolge immer und immer wieder nach den Bedürfnissen des Marktes, nach der konstruktiven Veränderung des Fabrikates umgestellt werden müssen. Diese Umstellung der Arbeit bedingt zugleich eine fortwährende Umstellung der Funktionen des Arbeiters und seiner Berufstätigkeit. Gerade hier trifft das Wort zu, daß die moderne Industrie immer neue Berufsschaff, das heißt immer neue Spezialfunktionen bildet und den Arbeiter immer in den Fluß dieser Entwicklung mit hineinreißt. Es ist kein Zufall, daß die zentralen tariflichen Vereinbarungen hier ihre Grenze finden. Ueber Arbeitszeit, Arbeitspausen, Durchschnittslöhne kann man wohl für einen ganzen Bezirk Vereinbarungen treffen, aber in der Frage des Arbeitslohnes, des Aufwandes, führt jeder Betrieb sein Eigenleben. Um jede einzelne Teiloperation muß hüben und drüben besonders gekämpft werden.

So befindet sich der Metallarbeiter eigentlich fortwährend in einer gewerkschaftlichen Aktion. Das stetig wechselnde Produktionsbild seines Betriebes zwingt ihn immer und immer wieder im täglichen Kleinkampf zum Angriff oder zur Abwehr.

Auf die Dauer muß ihn deshalb die Gedankenwelt des Kommunismus unbefriedigt lassen. Der Glückszustand, der ihm dort gepredigt wird, liegt in weiter Sicht. Jeden Tag drängt die Gegenwart auf ihn ein, die kapitalistische Praxis. Er muß sich rühren. Ganz unmerklich erziehen ihn seine Berufsverhältnisse zum Wirklichkeitsmenschen. Deshalb bilden die R. Müller, Walzahn, Spert, Neumann und Genossen so schnell vorübergehende Erscheinungen, weil man mit den dort gewohnten Agitations Schlagworten den modernen Industriekapitalismus, wie er gerade in der Berufswelt des Metallarbeiters jeden Tag in Erscheinung tritt, nicht meistert.

Wäge die Verbandsgeneralversammlung in Jena für die Metallarbeiter einen Schritt weiter zur Bekämpfung der Gewerkschaftsverhältnisse bedeuten. R. Boldt.

Danziger Nachrichten.

Zur Behaltsbewegung der Senatsangestellten

aus von den Angestelltenausschüssen der Freistaatsbehörden. Mit den Ausführungen des Senats in Nr. 185 der Danziger Neuesten Nachrichten haben sich die in Frage kommenden Angestellten eingehend befaßt und können dem Senat die Meinung abgeben, daß sie die Gründe vollkommen durchschauen. Dem Senat zu dem Beschuß veranlassen, jetzt nach vielmonatiger Verhandlung plötzlich den Angestellten den Reichsteiltarif schwadronieren zu wollen. Maßgebend für das Bestreben des Senats ist die Absicht, die Aufbesserung für die Senatsangestellten so weit als möglich durchzuführen. Man bedient sich dabei eines unglücklich nicht ganz einwandfreien Mittels, indem man den Angestellten auf Grund des Reichsteiltarifs besondere Zulagen machen will, wofür die Kosten die Angestellten bis zum nächsten Jahre und darüber zu tragen haben. Alle diese jüngeren Angestellten, und es ist weit über die Hälfte, würden nach den Vorschriften des Senats völlig leer ausgehen. Die Absicht, die man sich annehmen könnte, einen Keil zwischen die älteren und jüngeren Angestellten zu treiben, dürfte jedoch unmöglich werden, wenn man sich vor Augen hält, daß der von uns Angestellten ernannte Entwurf auf der ganzen Linie eine Verbesserung über den Reichsteiltarif hinaus enthält, so daß also auch die älteren Angestellten durch unseren Entwurf weit besser als durch den Reichsteiltarif sind. Ein etwa zu zahlenden Ausgleichszulage bedarf es nicht. Es ist Nr. 2 der Reichsteiltarif für eine Angestellte im Dienstjahre 1925 monatlich in Gruppe I vor, wofür der Gehalt 1400 Mark besteht. Ein Angestellter in den ersten Jahren in Gruppe II würde nach 20 Dienstjahren 1530 Mark etwa den Reichsteiltarif bekommen und nach unserem Entwurf 1800 Mark. Aus diesen wenigen Beispielen, die sich beliebig vervielfachen lassen, erkennt jeder Einseitige sofort, warum der Reichsteiltarif im Reichsteiltarif die Lösung des schwierigen Problems ist. Es ist bemerkenswert, daß sich in dieser Frage der Senat an einen Vertrag des Reichs Kammerer, während er dort, die Beschlüsse der Angestellten günstiger sind, nichts von der Beschlüsse derselben wissen will, sondern die Selbstständigkeit des Reichs betont. Wir brauchen hier nicht an die Steuergehalte zu erinnern.

Der Senat hat der Senat immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Angestellten unorganisierte Arbeiter sind, die nur unter der Aufsicht der Beamten stehen, mit den Beamten vergleichen werden. Aber, wo die Angestellten sich ihrer Leistungsunterschiede bewußt werden und die Arbeiten von mittleren und höheren Beamten mit Tätigkeit ausführen, diese Arbeiten aber nicht entsprechend bezahlt werden, bestrebt man sich, die Angestellten zu demütigen, daß zwischen Angestellten und Beamten doch ein Unterschied sei. Die Uebereinstimmung, die man zwischen diesen beiden Gruppen herbeiführen möchte, dürfte im Zukunft nur lediglich auf dem Papier stehen, denn mit der Selbstständigkeit der Angestellten, die die Angestellten natürlich in ihrem Entwurf verlangen, steht es vorläufig noch sehr unklar. Dagegen hat man in dieser Frage den Beamten immer ein weiches Herz, was man aus den Personalnotizen des Reichs Kammerers erkennen kann. Was dort mit Tadeln und ehrenwerten Aufträgen, die letzten Endes sich immer materiell auswirken, heringeworfen wird, das geht auch über die Guldschur. Der Reichsteiltarif für Angestellte des Reichs, der am 4. Juni 1920 beschloß, hat im Reich nichts Freude und Zufriedenheit ausgelöst und gerade jetzt sagen würden die Gewerkschaften mit den Angestellten, um keine verbundene Paragrafen zu bekommen und die Gehälter schrittweise aufzubessern. Man kann sich über diesen Tarifvertrag bereits schon eine ganze Menge Vorurteile bilden. Dieses umfangreiche Werk, das zu seiner Fertigstellung ein längeres Studium erfordert, kann man für das große Reich allerdings verständlich finden, für unseren kleinen Staat wäre er aber ein Paktat, der Angestellte wie Senat

gleichermassen belasten müßte. Man stelle sich doch bloß mal vor, bisher hatten die Magistrats- bzw. Senatsangestellten einen Tarifvertrag, der vier Gehaltsklassen vorsieht, und jetzt will der Senat einen einführen, der nicht weniger als elf Klassen vorsieht. Diese überflüssige und übertriebene Differenzierung, die in den tatsächlichen hiesigen Verhältnissen gar keinen Niederschlag hat, würde nur dazu dienen, ununterbrochenen Karger über unzulängliche Eingruppierung hervorzuheben, denn der Senat wird natürlich die Tendenz verfolgen, die Angestellten in den ersten vier Gruppen unterzubringen, die weiteren sieben Gruppen bleiben der Öffentlichkeit vorbehalten. Demgegenüber haben die Angestellten in vielen Besprechungen mit allen vertretenen Kategorien sich dahin geeinigt, daß die Festlegung sechs verschiedener Gehaltsklassen für die hiesigen Verhältnisse vollkommen genügend ist. Warum also das Prinzip der Vereinfachung jetzt auf einmal besette werden, wo doch gerade diesem Prinzip die ganze einheitliche Ausgestaltung entspringen ist? Die sechs-Klassen-Einteilung bringt unsere Grundsätze nach die Möglichkeit zu gerechter Eingruppierung, ohne den Apparat zu schwerfällig zu machen. Durch die Staffelung in Dienstalterzulagen, die unser Entwurf vorsieht, wird der Charakter der vorübergehenden Anstellung, der dem alten Tarif anhaftete, durch den neuen aufgehoben.

Unser eingereichter Entwurf hat in seiner systematischen Staffelung, in seinen Dienstalterzulagen und in seinem Aufstiegsmöglichkeitparagrafen alles das verankert, was die Angestellten heute als treue Mitarbeiter des Staates haben müssen. Die ständige Verhandlungen und Sitzungen haben zur Ausarbeitung unseres Entwurfs geführt, wobei die Erfordernisse beider Parteien sorgfältig abzuwägen trug. Die Angestellten sind zu klug, um auf Spiegelschirmen hereinzufallen. Wenn jetzt nach vier Monaten der Senat unter dem Druck der Verhältnisse plötzlich auf den Teiltarif zurückgreift, so hat er damit einen schlechten und unnötigen Griff getan.

Tuberkulose-Unterricht in den Schulen.

Die Tuberkulose ist eine Infektionskrankheit und sie hat als solche Ursache in den heutigen Verhältnissen. Darum wird erst in einer neuen Ordnung des Lebens, deren Zweck und Ziel das Wohl der Gemeinschaft ist, die Tuberkulose einmal sein. Bedeutung mehr haben und der Kampf gegen die Tuberkulose ist darum der Kampf für die sozialistische Gemeinschaftsordnung. Aber da die Tuberkulose nun heute in der durchsichtbaren Weise wütet, wie es der Fall ist, so haben wir die Pflicht, auch mit allen nur möglichen Gegenmaßnahmen gegen sie anzugehen. Und eines dieser Mittel ist der Tuberkuloseunterricht in den Schulen, wie er in zwei Nummern des Tuberkulosefürsorgeblattes gefordert wird. In Hannover, Dresden und Siedlitz hat man mit dem Tuberkuloseunterricht bereits gute Erfahrungen gemacht, und diese Erfahrungen veranlassen Präsium im Tuberkulosefürsorgeblatt Nr. 1 (1921) zu der Anregung, daß Vorträge über Tuberkulose überall gehalten werden müßten. Auf bis sechs Vorträge genügen. Als Vortragende kommen in erster Linie Fürsorgeärzte und Kreisärzte in Betracht, sowie auch besonders interessierte Lehrer. In den 3 bis 4 oberen Klassen aller Schulen ist jährlich einmal eine „Tuberkulosewoche“ unter Aufsicht des Tuberkulosefürsorgeblattes einzuführen. Im Anschluß an den Tuberkuloseunterricht sind Merkblätter zu verteilen. Ueber das Gehörte haben die Schüler Aufträge zu schreiben. Im Gegensatz zu dieser Anregung wünscht Präsium im Tuberkulosefürsorgeblatt Nr. 2 die Tuberkulosebelehren in rege Wechselbeziehungen zu bringen, nicht allein mit den Naturwissenschaften, sondern sie sind auch mit den ethischen Fächern in fruchtbarer Verbindung zu setzen. In aller Lehrplänen müßten die Tuberkulosebelehren hiernach in einen festen Ideenverband gestellt werden. Der Tuberkuloseunterricht muß die Erziehung zur ethischen Tat zum beherrschenden Lebensprinzip erhöhen. Gehört uns die Schule im Kampfe gegen die Tuberkulose, so wird auch diese Krankheit viel vor ihrem Schrecken verlieren. Die ungezählte Fälle von Tuberkulose leider durch nichts als durch Unwissenheit erworben werden, so ist die Bedeutung eines derartigen Unterrichts nicht zu leugnen. Und wenn er auch keine

durchgreifende Wirkung ausüben dürfte, so schafft er doch auch mit seiner Zeit Forderung und darum sollten diese Anregungen nicht ungenutzt bleiben, zumal sonstige Maßnahmen ohne besondere Notwendigkeit sind.

Kreistag Danziger Höhe.

Der Eintritt in die Tagesordnung des am Sonnabend, den 13. August tagenden Kreistages wurde das Ableben des Kreistagsabgeordneten Antkowiak Herdemann-Zenkau durch Erleben von den Vätern geehrt. Der Vorsitzende, Landrat Deneke, widmete dem Verstorbenen anerkennende Worte. Er schilderte dessen bleibenden Charakter und wies darauf hin, daß seine emsige Mitarbeit auf den Kreistagen selten werde. Wir unterstreichen die Worte, denn wenn uns Sozialdemokraten auch eine Beileidigung von dem Verstorbenen trennte, so müssen wir doch anerkennen, daß, soweit wir ihn auf den Kreistagen kennen lernten, er sich Mühe gab, das traurige Los der letzten hungernden Massen zu verstehen und Anträge, die von uns zur Erleichterung ihrer Lage gestellt waren, zu unterstützen. Er war auch mehrfach der Vermittler der Dol, wenn die Wogen der Interessengegenstände aufeinanderprallten. Dann legte noch vor Eintritt in die Tagesordnung eine fast zweistündige Geschäftsordnungsansprache ein, weil der Vorsitzende und auch die Mehrheit des Kreistages es ablehnten, einige Anfragen zur Behandlung auf die Tagesordnung zu setzen. Unser Genosse Brill hatte beantragt, auf die Tagesordnung nachstehende Anfrage zu stellen: „Wer hat am 4. August 1921 im Kreis Danziger Höhe die Einwohnerwehren mobilisiert. Wer hat diesen Wehren die Gewehre, Munition und sonstige Ausrüstung geliefert? Die Behandlung dieser Anfrage ist durch nachstehendes Schreiben abgelehnt worden:

Danzig, den 12. August 1921.

Auf die Eingabe vom 9. d. Mts.

Die in vorstehendem Schreiben gestellte Anfrage betrifft eine Angelegenheit, die nicht zur Zuständigkeit des Kreistages gehört, daher auch nicht seiner Beratung und Beschlußfassung unterliegt. Die Frage des Bestehens der Einwohnerwehren sowie deren Aufgebot gehört zu den staatlichen Angelegenheiten, deren Bearbeitung dem Landrat in seiner Eigenschaft als staatliche Behörde obliegt und in denen er lediglich seiner vorgesetzten Dienstbehörde, nicht aber dem Kreistage verantwortlich ist.

Ich sehe mich daher nicht in der Lage, Ihrem Antrage, die Angelegenheit auf die Tagesordnung des Kreistages zu setzen, stattzugeben.

J. W. Meyer, Kreisdeputierter.

Gegen diesen Bescheid protestierte Genosse Brill und beantragte, die Anfrage auf die Tagesordnung zu setzen, weil es sich hierbei nicht um die Einwohnerwehren im allgemeinen und auch nicht, weil der Landrat oder ein dazu gesetzlich bestellter Vertreter die Wehren mobilisiert habe, sondern ein vom Kreise bezahlter Kreisaußschußleiter, zu dessen Dienstleistungen andere Angelegenheiten gehören, als die Mobilisierung der Einwohnerwehren. Der Landrat gab eine sehr schnuppiige Antwort, indem er mitteilte, daß er diese Aufgabe dem Kreisaußschußleiter Wöhrer übertragen habe und es ablehne, in die Beratung dieser Angelegenheit einzugehen, dem sich die Mehrheit des Kreistages anschloß. Ebenso erging es einem Antrage des Abgeordneten Sommer, der verlangte, daß die Verteilungsangelegenheit der vom Kreistage beschlossenen 40 000 Mark für die Abgeordneten in Wiesental zur Aussprache kommen sollte, da die Verteilung nicht ordnungsmäßig vor sich gegangen sei. Der Antrag des Abg. Sommer betr. die Feststellung der Volkstagsabgeordneten Bahn und Schmidt, wurde der Nichtzuständigkeit halber abgelehnt. Ein Antrag des Abgeordneten Nagel, betreffend die von ihm schon öfters angeregte Gemeindevorsteher-Angelegenheit von Lamentzin zur Aussprache zu bringen, wurde ebenfalls abgelehnt. Trotzdem der Kreistag abgelehnt hatte, in die Aussprache dieser Angelegenheit einzutreten, kam dennoch eine solche zustande, weil sich der Landrat dahin aussprach, daß für alle diese Angelegenheiten nicht der Kreistag zuständig ist, jedoch hätten die einzelnen Abgeordneten das De-

„König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.
(Fortsetzung.)

„Sie wissen, daß ich im Nord-Tal gearbeitet habe, dessen Namen Sie sich leicht merken können. Ich heiße Joe Smith, ein Kohlenhauer in Nr. 2.“
„Wie genügt mir, meine Herr Parker, keine Zeit sei kostbar; er die Fahrt nach dem Nord-Tal antritt, müsse er Namen angeben, die die Angaben beglaubigen.“
„Ich bitte Ihnen eine beglaubigte Erklärung an!“ rief Hal. „Sage, ich weiß, daß im Verbrechen begangen wird, dem hungrigen Leben zum Opfer fallen. Genügt das denn nicht, um die Schuldigen einzusperren?“
Der Staatsanwalt erwiderte, daß er natürlich seine Pflicht erfüllen, die Rechte der Arbeiter schützen wolle, doch könne er nicht über das Wohl der Arbeiter hinaus gehen. Hal mußte zusehen, was er glauben sollte. Klammerte sich der Mann an den besten Vorwand, um nicht eingereist zu müssen? Oder war es doch, daß sogar ein Staatsanwalt die Gesellschaft soweit unterwerfen, daß ihre Väter von „Eidverbrechen“ zusammenstellen?
„Sag mir, Herr Staatsanwalt, was ist das andere alle Möglichkeiten geben. Er berichtete getreu den ganzen Unglücksfall, nahm die Parker im Geist ins Kohlenrevier, zeigte ihm die vergewaltigten Frauen, erschrockenen Kinder, die sich an der Schachtöffnung schaukelten und mit Keulen und Revolvern zurückgejagt wurden, wie eine Familie nach der anderen, Witwen, Mütter, Mädchen, die von den Vergewaltigten, die bloß danach verlangten, das eigene Leben in der Hölle der Amerasden auf Spiel zu setzen. Er erzählte in Eile ihm fortzureißen, hat und flehte für seine Erlösung.“
„Wie?“ unterbrach ihn der Staatsanwalt. — „Wie kommen Sie im Nord-Tal gearbeitet?“
„Inzwischen zehn Wochen.“
„Wie lange in Kohlenbergwerken?“
„Das war das erste Mal.“
„Sag mir, Sie glauben in zehn Wochen genügend gelernt zu haben, um die Leute, die sich in den Kohlenrevieren anzuhalten, die ein wenig mit Verweilen zu tun gehabt haben?“
„Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß dies nicht meine Ansicht ist, die Ansicht der ältesten, erfahrensten Vergewaltigten. Ich sage, daß nichts unternommen wird, um die Männer zu retten“

Die Arbeiter sind den Auffsehern ganz gleichgültig; einer derselben, Moe Stone, hat vor einer Anzahl Leute gesagt: „Der Teufel hole die Leute, rettet die Maulkriecher!“

„Jeder ist dort oben überreizt, keiner vermag geordnet zu denken, auch Sie vermögen es nicht. Wenn tatsächlich ein Brand im Schacht ist und dieser Brand sich derart ausbreitet...“

„Aber Herr Parker, wie können Sie wissen, daß er sich derart ausbreitet?“

„Und wie können Sie wissen, daß das nicht der Fall ist?“

Eine Pause trat ein. Schließlich sagte der Staatsanwalt: „Wie ich höre, ist ein Stellvertreter des Grubeninspektors oben. Wie heißt er?“

„Garmichael.“

„Nun, und was meint er?“

„Der Bergmann Gutzar wurde fortgeführt, weil er sich an ihn gewandt hatte.“

„Nun,“ bemerkte Herr Parker, und Hal erkannte am Ton seiner Stimme, daß er die gesuchte Entschuldigung gefunden habe. — „das geht Garmichael an, ich habe kein Recht, mich einzumischen. Sollte er zu mir kommen und Anklage erheben — so werde ich handeln; sonst nicht. Weiter habe ich nichts zu sagen.“

Hal erhob sich. „Gut, Herr Parker, ich habe Ihnen die Tatsachen vorgelegt; man hatte mir bereits gesagt, daß Sie nicht unternehmer werden, doch wollte ich Ihnen die Möglichkeit nicht vorzuziehen. Jetzt gehe ich zum Gouverneur, Ihre Entlassung fordern!“ Mit diesen Worten verließ der junge Bergmann das Bureau.

Hal begab sich zum American Hotel, wo sich eine Veriess-Maschinenfabrik befand. Als das junge Mädchen die ersten Worte des Diktats vernahm, zitterten seine Hände furchig, doch wagerte es sich nicht, fortzufahren und Hal ließ die Einzelheiten der Veriess-Maschinenfabrik Nr. 1 zu Papier bringen, sowie das Ansuchen um einen Haftbefehl gegen Gnos Cartwright und Moe Stone. Dann folgte die Aussage, wie er zum Wagenkrochler gewählt worden war und man ihm den Zutritt zur Wage verweigert hatte. Mit der ganzen juristischen Phrasologie, die ihm zu Gebot stand, suchte er um die Verhaftung des Oberaufsehers Gnos Cartwright und des Wagenmeisters James Peter im Nord-Tal an. In einer weiteren beglaubigten Aussage berichtete er, wie ihn der Bergmann Garmichael, festnehmen, mitführen und ohne Haftbefehl und Anklage festzubinden, dreißig Stunden in Haft halten lassen, beglaubigen, wie ihn Cotton,

Wete Hanum und zwei Unbekannte widerrechtlich unter Drohungen aus dem Nord-Tal getrieben; daher bitte er um einen Haftbefehl wider Jeff Cotton, Wete Hanum und die beiden Unbekannten.

Nach ehe die Schriften fertig waren, erschien Billy Keating mit den fünf-andzwanzig Dollars, die Giltman von der Post geholt hatte. Sie suchten einen Notar auf, Hal besaß die Vor diesem jede seiner schriftlichen Auslagen; als diese abgestempelt waren, aber gab Keating die Kopien und dieser eilte fort, um den Postzug zu erreichen. Der totale Post wollte er diese Dinge nicht anvertrauen, erklärte Billy, Pedro sei eine so „verdammte gefährliche Stadt“. Als sie wieder auf die Straße traten, merkten sie, daß ihre Leinwand um ein zweites, angegriffenes aussehendes Subjekt, das aus seinem Beruf keinerlei Gehl machte, verstärkt worden war.

Hal bog um die Ecke, streifte einem Bureau zu, das die Aufschrift trug: „J. W. Anderson, Friederichtler.“

Jim Anderson, der Tierarzt, sah vor seinem Bull. Er hatte, bevor er sich in den Hermelinmantel seines Amtes gehüllt, Tabak gekaut, sein rötlich blauer Schmirrdart wies nach die Spuren auf. Hal, der alle Erfolgchancen sorgsam abwog, bemerkte jede Einzelheit; er überreichte die beglaubigte Erklärung, die von seinen Ergebnissen im Nord-Tal handelte und wartete, während seine Gnade das Dokument mit qualvoller Langsamkeit durchlas.

„Nun“ — sagte der Mann endlich — „was wollen Sie eigentlich?“

„Ich will einen Haftbefehl gegen Jeff Cotton.“

Jim Anderson sah ihn forschend an: „Wer können Sie dies nicht bezweifeln?“

„Reden Sie nicht?“

„Weil Cotton Vertreter des Sheriffs ist und zu Ihrer Verhaftung berechtigt war.“

„Berechtigt, mich ohne Haftbefehl festzunehmen?“

„Woher wissen Sie, daß er keine Haftbefehl hatte?“

„Weil er es selbst zugab.“

„Es war seine Pflicht, im Revier Ordnung zu schaffen, ob er nun einen Haftbefehl hatte oder nicht.“

„Wollen Sie damit sagen, daß er in der Grube ganz nach Willkür hanteln darf?“

„Ich will sagen, daß ich kein Recht zur Einmischung habe. Wenn Sie sich nicht im Nord-Tal an St. Adams gewandt?“

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Ueber die Versorgung Danzigs mit Frühkartoffeln.

Durch die Freistaatsbildung Danzigs sind wir von denjenigen früheren westpreussischen Kreisen, die uns mit Kartoffeln versorgten, abgeschnitten, weil sie jetzt Bestandteile der polnischen Provinz Pommerellen geworden sind. Die eigene Erzeugung aus dem Freistaatsgebiet reicht nur zu einem kleinen Teile für die Kartoffelversorgung unserer Bevölkerung aus. Das hat einmal den Nachteil, daß die Kartoffelproduzenten des Freistaates zur Preissteigerung angezogen werden und dementsprechend auch die anderen Lebensmittel sich verteuern, daß aber andererseits Verhandlungen mit Polen nötig werden, um die fehlende Menge von dort beziehen zu können. Der Senat hat mit Polen vereinbart, daß 150 000 Ztr. Frühkartoffeln aus Polen nach Danzig ausgeführt werden dürfen. Der Verkauf in Polen und die Verteilung in Danzig sind Sache des freien Handels.

Im vorigen Jahre hatte sich in Danzig eine Kartoffelversorgungs-Gesellschaft, deren Mitglieder einige Kartoffelgroßhändler waren, gebildet, welche die Kartoffelversorgung durchführte, aber leider dabei eine Monopolstellung sich erworben hatte. Aus den verschiedenen Debatten im Stadtparlament und im Volkstage ist heute noch unübergefallen, welche schweren Angriffe seitens der Konsumenten und insbesondere der minderbemittelten Bevölkerung gegen das Geschäftsgebaren der Kartoffelversorgungs-Gesellschaft erhoben wurden. Die Gesellschaft verpflichtete nämlich ihre Mitglieder dahin, daß sie jede Menge Kartoffeln, die sie per Schiff oder per Waggon erhalten, nicht etwa an die Bevölkerung direkt abfahren dürfen, sondern zunächst an die Versorgungs-Gesellschaft verkaufen müssen. Die Versorgungs-Gesellschaft verkauft dann die Kartoffeln wieder, selbstverständlich mit einem entsprechenden Aufschlag zum Kaufpreise, an ihre Geschäftspartner und evtl. auch an andere Großhändler. Diese verkaufen dann die Kartoffeln selbstverständlich mit einem neuen entsprechenden Aufschlag zum Kaufpreis, an die Kartoffelgroßhändler und zum Teil auch an Konsumenten. Die Kartoffelgroßhändler wollen und müssen natürlich auch noch verdienen. In welchem Maße dadurch die Kartoffeln der Bevölkerung verteuert werden, geht zum Teil schon daraus hervor, daß die Kartoffelversorgungs-Gesellschaft im vorigen Jahre nach eigenen Angaben 16 Prozent Dividende verteilen konnte.

Diesem Unfug mußte in diesem Jahre vorgebeugt werden. Die polnische Regierung hat gerade zu diesem Zweck die Ausfuhrerlaubnis für die Frühkartoffeln nicht an die Kartoffelversorgungs-Gesellschaft, sondern an einige Danziger deutsche hgm. polnische Kaufleute bzw. Firmen gegeben und so eine Konkurrenz gebildet, welche den Preiswucher eben aus Konkurrenzrücksichten vermeiden muß und die verteuerten Um- und Ueberwege im Geschäftsgebaren der Kartoffelversorgungs-Gesellschaft nicht beschreiten kann. Daß die Scheine der polnischen Regierung erst am Dienstag voriger Woche zur Ausgabe gelangten, ist weder Schuld der jetzigen Inhaber derselben, noch der einzelnen Dienststellen, die vorher verhandelt hatten.

Diese Angelegenheit hat für uns noch insofern ein besonderes Interesse, als auch der Unterzeichnete die Ausfuhrscheine für 60 000 Ztr. Frühkartoffeln erhalten hat. Der Rest von circa 100 000 Ztr. ist von der polnischen Regierung, wie oben bereits bemerkt, anderweitig verteilt worden. Die Kartoffelversorgungs-Gesellschaft hat sich vergeblich bemüht, meine Ausfuhrscheine käuflich zu erwerben. Ich habe den Einkauf der Kartoffeln in Pommerellen und deren Verteilung in Danzig sofort organisiert, so daß heute bereits Kartoffeln auf Danzig rollen und im Laufe dieser Woche allein durch mich circa 50 Waggons Kartoffeln zur Ver-

teilung kommen werden. Wenn irgend jemand behauptet, daß Kartoffelscheine in Danzig gehandelt worden, so kann ich schon jetzt feststellen, daß das nicht meine Scheine sind. Sofern Angriffe gegen mich mit der Behauptung gerichtet werden sollten, daß ich meine Scheine in den Handel bringe oder gebracht hätte, werde ich die Schuldigen sofort zur Anzeige bringen.
Kaufmann Otto Boell, Abgeordneter.

Das Danzig-polnische Abkommen.

In einer heute vormittag um 11 Uhr eröffneten Sitzung des Hauptausschusses erstatteten Senatspräsident Sachm und Senator Jewelowski Bericht über die Danzig-polnischen Verhandlungen. Die bis Abaktionschluss vorgelegenen Einzelheiten bedecken sich im großen und ganzen mit den bereits bekannt gewordenen Vereinbarungen. In der Eisenbahnfrage ist die angenommene Entscheidung des Oberkommissars bereits gefällt, jedoch noch nicht überreicht und mitgeteilt.

Die Einzelheiten des Danzig-polnischen Abkommens sollen der Öffentlichkeit morgen durch die Presse bekanntgegeben werden.

Polnische Ein- und Ausfuhrbestimmungen.

Die „Danziger Wirtschaftszeitung“, Nr. 18, bringt eine Zusammenstellung der neuen Bestimmungen über den Warenverkehr Polens mit dem Auslande. Im Hinblick auf die Zollunion mit Polen bildet die Ueberführung dieser Verordnung für den Danziger Kaufmann eine unentbehrliche Unterlage in seinen Geschäftsbeziehungen. Wiedergegeben sind: Die Bestimmungen über den Warenverkehr mit dem Auslande vom 7. Juli 1921, die grundlegenden Vorschriften vom 15. Juli 1920 über den Außenhandelsverkehr, das Verzeichnis zur Ausfuhr verbotener Waren vom 28. Juni 1921, die Verzeichnisse der zur Einfuhr verbotenen Waren vom 14. März 1920, vom 12. Juli 1920 und die Bestimmungen über die Erhöhung des Zolls und die Aufhebung der Ausfuhrabgabe vom 23. Juli 1921.

Erhöhung der Tageselder der Schöffen und Geschworenen. Der Senat hat die Tageselder der Schöffen und Geschworenen vom 20. August ab auf 30 Mark erhöht. Sie betragen bei der Einführung von Tageseldern 5 Mark.

Der Jahrbetrieb an der Fähre zu Bohnisch wird nach einer Mitteilung des Hafenaufsehers in der Nacht vom 15. zum 16. August von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens wegen Rammarbeiten für den Fuhrwerksverkehr eingestellt.

Vergünstigung für Kriegsbeschädigte bei Eisenbahnfahrten. Nach dem neuen Eisenbahn-Personen- und Gepäcksarif vom 1. März 1921 können Kriegsbeschädigte, die nach der Art ihrer Verletzung während der Reise sitzen müssen, bei all ihrer Reisen in der 3. Klasse zum Fahrpreis der 4. Klasse, in Schnellzügen außerdem gegen den tarifmäßigen Zuschlag, befördert werden. Der Nachweis zur Erlangung dieser Vergünstigung wird auf Antrag des Kriegsbeschädigten von der zuständigen Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge für die Dauer eines Kalenderjahres ausgestellt. Er ist mit einem Lichtbild zu versehen.

Bermittelt Personen. Aus dem Hause seiner Eltern in Lody in Polen hat sich am 1. Juni d. J. der 18 Jahre alte Otto Bentzke entfernt. Aus Mitteilung soll er sich in Gesellschaft des 13 Jahre alten Otto Wachowski aus Lody nach Danzig begeben haben, wo beide auf einem Schiff Stellung nehmen wollten. Bentzke ist schlank, dunkelblond, hat längliches Gesicht; er ist balleidet mit olivgrünem gestreiftem Anzug und grauer Schälerröhre mit grünem Band. Wachowski ist balleidet mit schwarzem Anzug, welchem er trägt Brille. — Seit Mitte Mai d. J. wird der Arbeiter Friedrich Faust aus Kalendorf, Kr. Liegnitz vermisst. Er fuhr nach Marienburg, um Umklein nach einer Wohnung zu halten. Von hier aus schrieb er seiner Frau, daß er weiter nach Deutschland wolle, um arbeitsfähig eine Wohnung zu bekommen. Es fehlt bis heute von ihm jede Spur. Faust ist 23 Jahre alt, 1,70 Meter groß, stark, hat schwarze Haare, kleinen Schnurrbart, braune Augen, längliches Gesicht. Um gerichtliche Mitteilungen in beiden Fällen bittet Polizei-Präsidentium, Abteilung I e.

Auf dem Hauptbahnhof beanagt. Wie in der Berliner Presse gemeldet wird, wurde am Freitag beim Einsteigen in den D-Zug Danzig-Berlin auf dem Bahnhof Danzig einer Dame aus der Wiener Gesellschaft aus ihrer Handtasche eine Geldtasche mit Inhalt entwendet. Der Inhalt der Geldtasche bestand aus einer Armbanduhr, einer zehnjährigen Armbanduhr, gänzlich aus Platin gefertigt und rings um das Zifferblatt der Uhr 12 Brillanten. Außerdem waren in der Tasche 18 000 österreichische Kronen und 12 000 Mark deutsches Geld, Auslandspapier und ein Paß. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen beträgt 250 000 Mk.

Programmbuchel im Wintergarten. Der „Kriegsblitz-Feuerwerk“ häutet sich. Nachdem er in seiner eigentlichen Eigenschaft das Publikum 14 Tage lang in Jubel gehalten hat, wird er noch mit einer weiteren Ueberführung kommen. Er erscheint vom 16. August ab als „Der vertauschte Anton“. Der Witz und zugleich die Schwierigkeit dabei ist, daß dieser Anton sich selbst vertauscht. Einmal ist er der noble Graf Anton, um sich wechselseitig in den bescheidenen Anton Graf zu verwandeln. Aber der gute Paul Becker kann noch mehr. In dem Varieteteil, den er ähnlich wie bei dem ersten Augustprogramm seinen lustigen Dreierlein eingeleitet hat, tritt er als — spanische Tänzerin auf. Eine Anzahl erstklassiger Künstlerkräfte wird den Abend vervollständigen. Als Drahtseiltänzer betätigen sich die „3 Chavariats“, eine schwebende Gegennummer bilden „Harry u. Joe“. Ohne weiteres kann man voraussagen, daß auch in der zweiten Augusthälfte im Wintergarten des Rathens kein Ende sein wird.

Kräutler Lautenabend. Der Deutsche Heimatbund Danzig veranstaltete am Sonntagabend in der Aula der Petrischule einen Lautenabend. Nach einem kurzen Vortrage über Kräutler, das nimmer so groß ist als Danzig und fast unter denselben Umständen wie Danzig sein Deutschtum hochhalten muß, kam der Kärntner Lehrer Kraß zu Wort. Der Sänger gab seiner Freude Ausdruck, daß es ihm vergönnt sei, diese Fahrt durch die deutschen Lande zu machen; er hoffe, daß seine Lieder dazu beitragen werden, das einigende Band, das alle Deutschsprechenden, trotz der Abtrennung vereint, fester zu knüpfen. Dann ließ er seine Lieder erschallen. Ernstes und Heiteres, Sinniges und Ironisches aus dem Kärntner Volksleben zog vorüber und ließ die tiefe Bedeutung des Kärntner Liedes erkennen. Wärschen- und Jägerlieder mit ihren klaren, reinen Tönen verführten die Zuhörer in das Kärntner Land mit seinen Bergen und Tälern. Mehrere Beifall lohnte den Sänger nach jedem Lied. Herr Kraß gab nicht vollwertige Kunst, aber er gab das Volkslied.

die Seele des Kärntner Volkes wieder und ließ leben die Gedanken und Freuden, das Wünschen und Hoffen, das Klagen und Begehren der Kärntner erkennen. Ich österreichische Gemütslichkeit verstand der Sänger in den Vortragsgang zu lassen und die welche, einschmeichelnde Mundart und die volle Seele der Vortragenden trug viel dazu bei, das Mitgefühl mit den Kärntner Deutschen zu haben und es werte die Sinne und Gedanken für alle, die nur mit Mühe und Gehören, trotz Not und Druck ihr deutsches Heimatgefühl bewahren.

Vollzeitsbericht vom 14. und 15. August 1921. Festgenommen: 28 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 2 wegen Verdachts des Diebstahls, 2 wegen Körperverletzung, 2 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 1 wegen Beschuldigung, 4 wegen groben Unfugs, 14 in Polizeihaft, 2 Personen obdachlos.

Obra. Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, den 17. August, abends 7 Uhr, in der Ostra-Oberstraßen-Versammlung. Tagesordnung: 1. Die letzten Vorgänge im Parlament, Ref. Gen. Brill. 2. Einteilung der Vertrauensmänner.

Veranstaltungs-Anzeiger

Vorstandsbereich der Freien Stadt Danzig (S. d. D. B.).
Montag, den 15. August, abends 7 Uhr, in der Aula der Rechtsanwaltschule, Poggendorfstr. 40: Mitglieder-versammlung.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt (S. Bezirk).
Dienstag, den 16. August, abends 6 1/2 Uhr, im „Wanken Innchen“, Baumarkt 10: Bezirksversammlung. Vortrag des Gen. Dr. Bing.

S. Bezirk (Kangfuhr).
Dienstag, den 16. August, abends 6 1/2 Uhr, bei Herrn. Franz-Höferweg 88: Bezirksversammlung. Vortrag des Gen. Borchert.

Standesamt vom 15. August 1921.

Todesfälle: I. des Arbeiters Friedrich Jahnke, 7 M. — S. des Kaufmanns David Markham, 14 J. 10 M. — S. des Werfters Heinrich Bönkendorf, 9 M. — S. des Gremiers Bruno Marzyski, 3 Std. — Tochter desselben 4 Std. — I. des Eisenbahnarbeiters Max Goffmann, 7 M. — Witwe Beria Otto geb. Szarow, 88 J. 2 M. — Arbeiter Franz Wenzel, 65 J. 1 M. — Frau Auguste Schupin geb. Wösch, 65 J. 6 M. — Verwalter Otto Wilsch, fast 51 J. — Eisenbahn-Obersekretär Max Gormann, 68 J. 1 M. — Unehel. 1 S. 1 J.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Zuzl. 3,90)	3,95	am Vorlage	4,00
Dollar:	84 1/2		85
Engl. Pfund:	312		300
Franz. Franks:	665		—
Schwed. Franks:	1413		—

Wasserstandsnotizen am 15. August 1921.

alters		heute			
Jawisch	+0,30	+0,00	Dielde	-0,53	-0,53
Wartau	+0,49	+0,00	Dirschau	-0,67	-0,00
Plock	+0,00	+0,00	Einlage	+2,40	+2,42
Torn	-0,00	-0,00	Schlesienhafen	-2,72	+2,44
Forde	-0,00	-0,00	Schönow D. P.	-2,28	+6,30
Lelm	-0,00	-0,00	Walgenberg D. P.	-4,50	+4,60
Graben	-0,00	-0,00	Neuhofersdorf	+2,26	+0,00
Kurzbrack	+0,00	+0,00	Knowa	-1,32	-1,20
Montauerthe	-0,42	-0,43			

Kleine Nachrichten.

Streik der Staatsarbeiter und der Werftarbeiter in Bremen. Die Staatsarbeiter in Bremen sind wegen Lohn-differenzen in den Streik getreten. Seit Sonnabend früh liegen sämtliche Staatsbetriebe still. Die Krankenanstalten werden versorgt. — Nach einer weiteren Meldung aus Bremen hat die gesamte Belegschaft der Aktiengesellschaft Weser die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter verlangen die Wiedereinstellung der Betriebsratsmitglieder, denen von der Direktion gekündigt worden war. Die Direktion will die Angelegenheit dem Gewerbergericht übergeben.

Raubüberfall auf eine Büroangestellte. Ein radfahrender Räuber überfiel auf der Landstraße nach Hülten (Königsberg) eine Büroangestellte, der er eine Aktientasche mit 48 000 Mk. raubte. Ein Arbeiter, der ihn auf seinem Rade verfolgte, erlitt eine Panne, so daß der Räuber entkam.

Ein Geldtransport von 12 Räubern überfallen. Am Sonntagabend früh um 4 Uhr wurde ein Geldtransport auf dem Wege zur Grube Kardinalsfreude bei Beulitz von 12 Räubern überfallen, die 700 000 Mark raubten und nach Schomberg flüchteten. Mehrere Räuber wurden einwandfrei erkannt.

Ein Kriegsgerichtsurlaub gegen einen streikenden Buchdrucker. Das englische Kriegsgericht in Köln hat am 6. August einen streikenden Buchdrucker, den die englische Militärzeitung „Cologne Post“ zum Annoncensehen aufgefordert hatte, der aber die Arbeit verweigerte, zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Zulassung Deutschlands und Polens zum Völkerbundrat.

Paris, 18. Aug. Die „Matin“ mitteilt, wird Polen als Mitglied des Völkerbundrates bei der Beratung über die oberschlesische Frage jedenfalls konsultativ zugelassen werden. Auch die Zulassung eines deutschen Delegierten wird wahrscheinlich bestimmt werden. Das Blatt sagt, es sei nicht sicher, daß der Völkerbundrat es übernehmen werde, die Grenzlinie festzusetzen. Man erwartet von ihm aber, daß er in ethnographischer, geographischer und wirtschaftlicher Beziehung ein begründetes Gutachten abgeben werde, nachdem sich die obererschlesische Grenzlinie von selbst ergeben werde.

Lanzdichtungen im Zoppoter Walde.

Die dem „Verein für Leibesübungen“ angegliederte Abteilung für Tanzkultur hatte gestern auf der Zoppoter Waldbahn zum ersten Mal den schönen Gedanken der Freilufttänze verwirklicht. Mit Unterstützung von Danziger und Zoppoter Sportleuten kamen insgesamt 9 Tánze zur Ausführung, die das Niveau der üblichen Vielhaberleistungen weit übertrafen und z. B. im „Fauwölger“ und „arabischen Märchen“ den Darbietungen am Stadttheater durchaus die Wage hielten. Präzision und Gleichartigkeit der Bewegungen ließen manchmal nach Wünschen offen; doch, wer nicht weiß, welche außerordentlichen Schwierigkeiten die Einstudierung solcher — in diesem Falle recht komplizierter — Tanzdichtungen bereitet, kann sich davon überhaupt kein richtiges Bild machen. Doch fiel im allgemeinen die Grazie und Leichtigkeit der Bewegungen und eine ungewollte Tanzkrampflichkeit angenehm auf. Nichts deutete auf „einstudiertes Ballett“ hin und in fast allen Tánzen machte sich der gute, gesunde organische Grundbau bemerkbar. Dazu kamen die hübsche, farbig abgetönten Kostümbildungen von erfreulicher Schlichtheit, wobei die Situation der nächtlichen Waldszenerie im Schein der reizvollen Beleuchtung noch das ihre tat. Witz Kanst hatte die Einstudierung besorgt und hätte öfter noch mehr den Bühnenraum nützen können. In das Wesen der Tanzdichtungen, die von Herbert Seifke stammten und hohe künstlerische Kultur verrieten, sah er nicht immer ganz eingedrungen. So hätte er, um ein Beispiel herauszugreifen, den Tanz in „Chören“ nach einem Präludium von Chopin ganz auf die Höhe halten und jedes Uebermaß an Bewegung, namentlich im Final beseitigen müssen. Die „Blindenspiele“-Szene der Mozartschen Opernspiele verlief sehr durch das völlige Fehlen des Realistische, des halben Spielers, und ein Schwertertauz ist dem doch etwas wesentlich anderes, als was gestern davon geboten wurde; die Stellung, die Kanst selbst hierbei im Schlußbild einnahm, war alles andere als Ausdruck männlicher Kraft. Was nun Seifkes Tanzdichtungen betrifft, so waren sie sehr eigenartig und gewinnbringend. Zuweilen war das Uebermaß an Gedanklichkeit eher schmerzhaft als klarheit fördernd, z. B. im „Arabischen Tanz“, der selbst das Maß des zu leistenden wesentlich überschreitet; Herbert Seifke selbst erwies sich als Soldatengänger von Qualität (im Schwanzweiser). In der Auslegung der Griechischen Tanzes „Kajes Tod“ kam ich keine Auffassung nicht teilen; jedes Uebermaß fremder Gedanken oder irgendeiner Verallgemeinerung „Requiem“ verleiht dieser lyrische Tanz nicht, der zudem mühsam so klar gebaut und geschrieben ist und so wenig trennbar von dem dramatischen Vorgang, daß die Ausgestaltung in eine Ueberforderung durch nichts gerechtfertigt erscheint.

Das Doppelquartett des „Danziger Männer-Gesangsvereins“ wurde durch fünf angepaßte Liedervorträge: Wald, Liebe, Heimat, die Umkleidungspausen aus. Die bescheidene Musik zu den Tanzdichtungen stellte das Zoppoter Kurorchestr unter Leitung von H. H. H.

Die ungünstige Witterung am Sonntag verhinderte, daß der Tanzplatz ausverkauft war; man sah besonders auf den ersten Tánzen große Massen. Doch mögen immerhin 2000 Personen auf dem Walde gewesen sein. Sie folgten mit großem Interesse den Darbietungen und spendeten reichen Beifall. M. O.

Nus aller Welt.

Der Kampf mit der Cholera.

D. G. Die Sowjetregierung hat in den von der Cholera heimgegriffenen Gebieten die Bildung besonderer außerordentlicher mit bakteriologischen Vollmachten ausgestatteten Kommissionen zur Bekämpfung der Seuche angeordnet. Sämtliche Behörden haben ihnen unbedingten Gehorsam zu leisten. Gleichgültig werden Reisen auf der Eisenbahn oder zu Schiff ohne Cholera-Impfungen und die Auswanderung aus den Cholera-Gebieten untersagt.

Der neugewählte Vorstand des Zentral-Genossenschaftsverbandes Sowjetrußlands (Zentralsojuz) wendet sich mit einem Aufruf an die ausländischen Genossenschaften im Interesse des Handels mit der Sowjetunion den Handel mit Sowjetrußland zu fördern. Der Aufruf weist darauf hin, daß die Aktionsfreiheit, die den russischen Genossenschaften nach dem Austausch der Sowjet-Wirtschaftspolitik wiedergegeben ist, den Erfolg ihrer Tätigkeit verbürgt.

Sperrschüsse nach Holland. In einem von Kurhagen nach Hamburg verlaufenden Sperrschuß wurden bis jetzt 22 Personen verhaftet. Das Objekt betrug 15 Millionen Mark. Die Sperrschüsse erfolgten hauptsächlich nach Holland und Skandinavien.

Messige Waldbrände wüten im Landkreis Rastow. Es haben etwa 4000 Morgen Wald in Flammen. Die Feuerwehren der

ganzen Umgebung sind aufgeboten, um das Feuer einzudämmen. Auch bei Madau bei Oppeln wütet ein großer Waldbrand, der bereits 2000 Morgen, zum größten Teil Hochwald, erfaßt hat. In den Vorkämpfen sind auch Besatzungsstruppen befohlen worden.

Der Streik der Berliner Zimmerer beigelegt. Die streikenden Zimmerer haben dem Vorschlag der Schlichtungskommission wie folgt zugestimmt: Der Stundenlohn der Zimmerer erhöht sich vom Tage der Arbeitsaufnahme von 7,50 Mark auf 7,80 Mark pro Stunde. Die Entschädigung für das im Tarifvertrag aufgeführte Werkzeug erhöht sich von 10 auf 15 Pf. Die Zeit vom 22. bis 26. Juli wird mit dem Vergleichsvorschlag des Bezirkskomitees in Höhe von 60 Pf. pro Stunde nachgezahlt. Die Arbeit wurde am Freitag, den 1. August, wieder aufgenommen. Die Zimmerer in den Metallbetrieben dürfen die Arbeit nur unter den neuen Arbeitsbedingungen aufnehmen. Wo diese neuen Löhne nicht gezahlt werden, gelten die Beträge für Zimmerer geltend.

Ueberschwemmungen in Tirol. Durch zwei Ueberschwemmungen in der Gegend von Klausen und Prizen sind fünf Personen ums Leben gekommen. Die Zahl der Toten dürfte aber noch höher sein. Etwa 20 Häuser wurden zerstört.

Verkehrshilfen im besetzten Gebiete. Die Verkehrsperre für Kraftwagen, die dieser Tage an der Grenze des Zollgebietes verhängt wurde, scheint der französischen Besatzungsbehörde als Einnahmequelle zu dienen; denn die

Kontrollposten auf den verbotenen Straßen sind ermächtigt, den angehaltenen Automobilführern die Weiterfahrt gegen Entrichtung einer Gebühr von 800 Mark zu gestatten.

Bermischtes.

Deutsche Meeresforschung. Im Auftrage der Deutschen Wissenschaftlichen Kommission für Meeresforschung hat in der zweiten Hälfte des Juli der Reichsforschungsdampfer „Poseidon“ eine größere Untersuchungsreise bis in das innere Stogeral und in die nördliche Nordsee unternommen, um insbesondere die Verhältnisse des Meereswassers, von der Oberfläche bis zum Boden nach allen Gesichtspunkten zu erforschen. Mit Bestimmtheit kann festgestellt werden, daß die 14 tägige Expedition die erste archaische hydrographische Untersuchungsreise nach dem Krieg, deren wissenschaftliche Leitung in den Händen des Prof. Dr. Dr. Schott von der Deutschen Seewarte in Hamburg lag, von der Leitung beauftragt, sehr vollständiges und wertvolles Material nach den verschiedensten Richtungen hin gebracht hat und ihre Untersuchungen Dank des Entgegenkommens der norwegischen Regierung auch bis norwegisches Hoheitsgewässer hat ausdehnen können.

Verantwortlich für Politik i. V.: Fritz Weber, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwercz in Oliva. Druck und Verlag von J. Gohl u. Co., Danzig.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Erd-, Maurer-, Isolierungs- und Zimmerarbeiten

der Heimstättenhäuser am Bärenweg (2. Bauabschnitt) sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Termin am Dienstag, den 30. August 1921, vorm. 10 Uhr im Baubüro Brödlenerweg, Parade 9, Wohnung 2. Bedingungen sind im Hochbaubüro Rathaus, Langgasse, Zimmer 31 gegen Erstattung der Schreibgebühren erhältlich.

Danzig, den 15. August 1921. (4839)

Der Senat.
Hochbau-Verwaltung.

Große Kunstausstellung

des Wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler Ortsgruppe Danzig

vom 7. bis 31. August, täglich von 9 bis 5 Uhr im alten Zeughaus, Kohlenmarkt

Eingang Wollwebergasse.

Aussteller u. a.:

Barlach, Corinth, Lehmbruck, Meseck, Chlebowski, Dannowsky, Kreisler, Pfahl, Schollies, Lucks, Mokwa, Steinert, Stubenrauch, Lehmann-Siegmundsburg, Wendrich, Zalsold, Zellmann, Kokoschka, Grossmann, Jäckel, Heckel, Degner, Behrendt, Rob. Hoffmann, Girod, Eulenstein, Meid, Fingesten, Orlik, Hasemann.

Die Ausstattung der Räume stammt von der Firma August Mombert, Dominikswall 9/10.

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53 55 (4834)

Nur bis einschl. Donnerstag!
Die große Sensation!

Buffalo und Pill

II. Teil: „Das Ende der Verbrecher“
Abenteuer-Sensations-Film in 5 großen Akten.

„Gewalt gegen Recht“

Drama in 5 Akten.

DIE GLOCKE

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK / FINANZ / WIRTSCHAFT U. KULTUR

Herausgeber: PARVUS

Die „Glocke“ will die Durchführung des Ultimatums im Zeichen des Sozialismus

Die „Glocke“ ist das führende Organ bei der Erörterung der Wiedergutmachungs- und Wiederaufbaufragen

Die „Glocke“ ist maßgebend bei der Diskussion des Kulturlebens der sich im demokratischen und sozialistischen Geist erneuernden Zeit

Die „Glocke“ muß von jedem Sozialisten gelesen werden

Mitarbeiter der letzten Hefte:

Konrad Haenisch, Paul Hirsch, Hermann Lüdemann, Professor Radbruch, Philipp Scheidemann, Paul Löbe, Heinrich Schulz, Karl Bröger, Otto Wels, Max Quarck, Hermann Wendel, Max Schippel, Jacob Altmayer, Robert Grätzsch

Einzelheft Mark 1,50
Vierteljährliches Abonnement Mark 15,—

Zu beziehen durch:

Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Sind Lungenleiden Tuberkulose heilbar?

Verl. Sie kostenl. San.-Fak. Dr. Weise's ausführl. Druckschrift hierüber

Dr. Gabbard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Straße 104 c. (34/35)

Varieté Wintergarten
Beginn
Ollvaer 730 Telephon
Tot 10 Uhr 1925

Direktion: Arthur Löwinoohn.

Heute Montag **letzter Tag!**
„Fliegentütenheinrichs Glück“
Ab morgen Dienstag, 16. August
Neues Programm!

Paul Beckers
in
„Der verlauschte Anton“
Burleske in 3 Akten.
Ferner: 14635

Neue Varieté-Sterne!

RAMSES
Hellas, Danzig

Der neueste Schlager!

Volkspflege
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs- und Anstaltsgesellschaft
- Sterbehilfe. -
Aehn. Polzeiverfall.
Mittlere Tarife für Erwachsene und Kinder.
Ankunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Kochwagshalle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Sämtliche Bände
der
Arbeiter = Gesundheitsbibliothek
wieder vorrätig.
Buchhandlung „Volkswacht“,
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Sämtl. Drucksachen
in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gohl & Co.,
Danzig. Am Spendhaus 6. Telephon 3290



Zentrale: Gr. Wollwebergasse 2-3
Langgasse 10
Zoppot: Seestraße 37
Langfuhr: Hauptstraße 117

Nach beendeter Saison-Ausverkauf haben wir eine große Menge Rest- und Einzelpaare für

Damen, Herren und Kinder

in den Schaukästen unserer
Zentrale: Große Wollwebergasse 2-3
ausgestellt.

Wir verkaufen diese Rest- und Einzelpaare zu nochmals bedeutend herabgesetzten, unglaublich billigen Preisen. Jedes Paar wird auf Wunsch aus den Schaukästen verabfolgt.

Graue
Kinder-Segeltuch-Sandalen
mit Leder-Sohlen und Leder-Absatz-Fleck
Gelegenheitskauf
Abgabe 27-35
17.50

Einen Posten
Kinder-Leder-Sandalen
Größe 26-28
19.50